

**Haushaltsrede  
des Vorsitzenden der CSU/BA-Stadtratsfraktion  
Peter Neller**

09.12.2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine Herren Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Haushalt ist die Visitenkarte einer Stadt, er differenziert zwischen Schein und Sein und war früher auch das Dokument, das die angestrebten politischen Schwerpunkte und Ziele kommagenau in Zahlen sichtbar gemacht hat. Letzteres gilt aber in einer Zeit, in der Budgets, Globalansätze, Budgetringe, und jetzt auch noch Unterstützungsfonds, in den Vordergrund treten, nur noch sehr abstrahiert. Die Verteilungskämpfe werden immer stärker von den Haushaltsberatungen in das Haushaltsjahr und somit von der Haushaltsaufstellung in die Abwicklung des Haushalts verlagert. Ob das im Ergebnis wirklich so Ziel führend ist wird sich zeigen.

Positiv hervorzuheben ist zunächst einmal, dass wir es auch 2021 schaffen, wichtige Weichenstellungen für die Zukunft in den Sparten Konversion und Bahnausbau über Sonderhaushalte vorzunehmen. Aber auch andere

gigantische Bauprojekte wie Quartier am Maxplatz, Schulhaussanierungen sowie Kita-Förderungen werden geschultert. Das macht Hoffnung und gibt Zuversicht. Nicht nur weil dem akuten Handlungsbedarf in manchen Bereichen entsprochen, extrem hohe Förderkulissen genutzt, sondern damit auch Konjunkturpakete für unsere heimische Wirtschaft geschaffen werden. Das heißt die Stadtgesellschaft in ihrer Gesamtheit profitiert von diesen Investitionen.

Aber diese Großinvestitionen, wie auch Diskussionen in diesem Gremium über Welt verbessernde Resolutionen, Pop-up-Radwege, Lasten-Pedelecs und Smart-City-Programme vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, dass wir in dieser Stadt ein Problem haben, das alles rosige in den Haushaltsplänen überlagert, nämlich akuten Geldmangel. Und auch wenn jetzt in unseren Rathäusern nochmals durchsucht würde, es würden jedenfalls keine versteckten Millionen gefunden werden, die dieses Problem lösen könnten. Von der Verschuldungsseite steht Bamberg zwar noch gut da. Aber von der Finanz- und Ertragskraft sind wir Schlusslicht in Oberfranken.

Wir werden daher heute einen Corona-Haushalt verabschieden müssen. Bekanntlich setzt bei der

Bekämpfung des Virus die ganze Welt auf den Impfstoff. Bei der Bekämpfung des gigantischen Lochs im Verwaltungshaushalt hilft uns ebenfalls nur eine Injektion, nämlich eine Kreditspritze von ca. 16 Millionen Euro. Das ist wohl die größte Nettoneuverschuldung in der Nachkriegsgeschichte, um einen Verwaltungshaushalt auszugleichen.

Kritische Finanzjahre sind uns ja nicht fremd. 2002 und in der Weltwirtschaftskrise waren die zu stopfenden Haushaltslöcher nicht so dramatisch, dafür der Sparwille deutlich ausgeprägter. Aber die Maßnahmen mit denen an Symptomen unseres schwächelnden Haushalts herumgedoktert wurde und wird, sind die gleichen, und sie werden auch weiterhin nicht geeignet sein, strukturelle Defizite zu kompensieren, sondern sie allenfalls abmildern können. Auch der neue Klimamanager wird das finanzielle Klima in unserer Stadt nicht verbessern.

2002 wurde die letzte Grundsteuerhöhung beschlossen, damals nur Grundsteuer B. Der Hebesatz wurde um 50 Prozentpunkte auf 425 angehoben. Diesmal wird eine Erhöhung um 110 Prozentpunkte auf 535 nötig. In unserer Fraktion gibt es nun wirklich keine Fans von Steuererhöhungen. Aber die Grundsteuer ist eine der

wenigen Stellschrauben, die wir selbst bedienen können. Sie trifft alle in der Stadtgesellschaft gleichermaßen. Das heißt sie trifft alle, die die städtische Infrastruktur nützen und macht den Bürgern genauso wie den Betrieben deutlich, dass sie alles, was sie von der Stadt fordern, auch selbst aufzubringen haben. Zudem ist die Ausschöpfung eigener Einnahmequellen maßgebliche Voraussetzung, um auch eventuelle staatliche Unterstützungsleistungen akquirieren zu können.

Neben der Grundsteuererhöhung wurde 2002 erstmals im Wege der sogenannten Gewinnabführung in die Kassen der Stadtwerke gegriffen. Alle politischen Kräfte – uns nicht ausgenommen - haben beteuert, dass es sich um einen einmaligen Vorgang handeln müsse. Allerdings hat sich dieser „einmalige Vorgang“ verstetigt und ist seither finanzpolitische Realität.

Mittlerweile reden wir auch nicht mehr über eine Gewinnabführung sondern über eine echte Kapitalentnahme, die mit realer Gewinnerzielung längst nichts mehr zu tun hat, sondern vielmehr, wie schon in den Vorjahren, aus Substanzverzehr resultiert. Unter Berücksichtigung der aktuellen Ertragssituation bei unseren Stadtwerken, der Querfinanzierung von Bädern, Bussen und Parken sowie den anstehenden gigantischen Investitionen in Zukunftsaufgaben, war es für uns nur konsequent, uns gegen einen weiteren Griff in die

Kassen der Stadtwerke zu stemmen. Ich muss in diesem Zusammenhang einfach Manfred Rommel, den früheren OB von Stuttgart zitieren: „Wenn einem Esel, der bereits einen schweren Sack trägt ein weiterer Sack aufgeladen wird, ist das vielleicht ein Vertrauensbeweis für den Esel, aber keine Stärkung.“

Aber auch dieser weitere Griff in die Stadtwerkesskassen ist Ausdruck der Mangelverwaltung. Denn einmal mehr hieß es bei den Haushaltsberatungen einen Spagat zu schaffen. Wobei man sich gelegentlich des Eindrucks nicht erwehren kann, dass uns im Stadtrat, bei unserem Spagat zwischen dem Wünschenswerten und dem Zumutbaren, das Machbare unangenehm im Wege steht.

Um diesen Spagat auszutarieren, kam es im Zuge der Haushaltsberatungen zu einem Novum: Es wurden sogenannte Unterstützungsfonds kreiert, die zu einer zusätzlichen Nettoneuverschuldung von einer dreiviertel Million Euro führen sollen.

Die gegebene Begründung und die avisierten Ziele für diese zusätzlichen Schulden, nämlich die Abwendung von Härtefällen und sozialen Schieflagen, sind zunächst einmal aner kennenswert und auch grundsätzlich sinnvoll. Und zwar damit es nicht zu weiteren Flops wie bezüglich der propagierten Einsparungen bei den

Stadtteilbüchereien kommt. Diese Kuh konnte ja gerade noch vom Eis geholt werden. Reaktionen in weiten Kreisen der Bevölkerung zeigten, dass wir eben nicht nur an Großprojekten gemessen werden, sondern an dem was den Bürgerinnen und Bürgern im täglichen Leben wichtig ist. Oft sind es „kleine Dinge“, die Lebensqualität und ein persönliches subjektives Wohlfühlklima für den Einzelnen schaffen. Deshalb müssen uns die freiwilligen und vermeintlich freiwilligen Leistungen weiterhin wichtig sein und dürfen nicht als bloßer Kostenfaktor gesehen werden.

In diesem Zusammenhang lassen sich mit den Unterstützungsfonds grundsätzlich positive Effekte erzielen. Auch wenn wir der Meinung waren und sind, dass etwas mehr Sparwille und weniger zusätzliche Verschuldung angezeigt gewesen wären: Mit drei mal 150 000 Euro hätte man auch schon viel bewerkstelligen können. Wichtig ist, dass die Mittelverteilung sachlich, ausgewogen, ideologiefrei und auch unbürokratisch von Statten geht. Sollten diese Fonds zu Selbstbedienungsläden für grüne Symbolpolitik mutieren, wäre dies nicht nur in höchstem Maße bedauerlich.

Unsere Anträge zur Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Schulen wurden ja auch in den

zugehörigen Unterstützungs-Verteilungskampf im nächsten Jahr verwiesen. Bleibt nur zu wünschen, dass für die Bewilligung von Leistungen aus diesem Fonds nicht unverhältnismäßig hohe Hürden aufgebaut werden, und bei einer eventuellen Überzeichnung des Topfes die beabsichtigte unterstützende und froh stimmende Wirkung am Schluss in Frustration umschlägt.

Wir werden das Ganze konstruktiv kritisch begleiten.

Abschließend noch ein paar Bemerkungen zu einem Thema, das überraschenderweise diesmal bei den Haushaltsberatungen gar kein großes Thema gewesen ist, den Personalkosten. Handelt es sich um einen Paradigmenwechsel? Oder ist der Umstand vielleicht der Erkenntnis geschuldet, dass man nicht Wasser predigen und selbst Wein - oder war es Bier oder Prosecco - trinken kann? Oder ist dies vielleicht darauf zurückzuführen, dass man sich vom System der Zulagen, Pauschalen und Prämien der letzten 10 Jahre verabschiedet hat? Die neuen Beförderungsrichtlinien werden es wohl nicht gewesen sein.

Sei es wie es will, gehörige Sparbemühungen bei den Personalkosten gibt es weiterhin nicht in allen Bereichen: Trotz Eindampfung des Rathausjournals wurde bei der hauseigenen OB-Marketingagentur

personell nicht gespart. Die Leitung konnte nicht Haus intern – auch nicht einmal vorübergehend – besetzt werden. Nein, es wurde eine neue Leiterin der Pressestelle durch Eilverfügung des Oberbürgermeisters wenige Tage vor einer Sitzung des Personalsenats bestellt. Die Kosten für die Wiederbesetzung zusammen mit der Übernahme zweier befristeter Mitarbeiter dürften monatlich nicht unter 150 000 € liegen. Das gäbe nach unseren Vorstellungen schon einen Unterstützungsfonds.

By the way: Was unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ihrer Arbeit, ihren Arbeitsplätzen und dem Arbeitsklima in den Rathäusern halten, werden wir auch 2021 nicht erfahren. Denn für die längst beschlossene Mitarbeiterbefragung, die heute in jedem modernen Unternehmen und auch bei mancher städtischer Tochtergesellschaft eine Selbstverständlichkeit ist, ist auch im nächsten Jahr kein Geld da. Vielleicht hätte man noch einen Mitarbeiter-Unterstützungsfonds bereitstellen sollen?!

Insgesamt halten wir den Corona-Haushalt 2021 – wenn auch unter Hintanstellung gravierender Bedenken - für einen akzeptablen Kompromiss zwischen den Sparzwängen einerseits und dem Bemühen um Aufrechterhaltung der Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit in unserer Stadt andererseits.



Weil man – nach unserer Auffassung – in Notzeiten zusammenhalten und Verantwortungsbewusstsein beweisen muss, stimmen wir den heute zur Abstimmung vorgelegten Satzungen betreffend den Haushalt der Stadt Bamberg, der Stiftungen und die Hebesätze samt den zugehörigen Finanzplänen und Investitionsprogrammen zu.

Abschließend darf ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen, aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die konstruktive und sachorientierte Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr ganz herzlich bedanken. Dem Kämmerer und seinem Team danke ich besonders für die - wie immer - perfekte Vorbereitung und Durchführung der diesjährigen Haushaltsberatungen.

Namens meiner Fraktion, wie auch persönlich, wünsche ich Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister und den Herren Bürgermeistern, allen Kolleginnen und Kollegen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, der städtischen Einrichtungen und Tochtergesellschaften samt ihren Familien sowie allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt ein - wenn auch wohl „kleinteiliges“ - aber frohes und friedvolles Weihnachtsfest und alles erdenklich Gute für das neue Jahr 2021. Bleiben Sie gesund!